



Abstimmen mit offenem Visier

Es ist keine neue Erkenntnis, aber immer wieder erschreckend, wenn einem deutlich vor Augen gehalten wird, dass im Parlament Lügner sitzen. Von den Bürgern gewählte Abgeordnete, Volksvertreter also, die lügen, dass sich die Balken biegen. Neuester Beweis ist die Wahl des Regierenden Bürgermeisters **Kai Wegner** am 27. April 2023.

Beweisen lässt sich der Vorwurf ganz einfach. Von den 86 Abgeordneten der neuen CDU-SPD-Koalition haben Wegner im ersten Wahlgang nur 71 und im zweiten 79 gewählt. Es fehlten also einmal 15 und einmal sieben Stimmen. Fast alle haben aber in den Fraktionssitzungen, in denen versucht wurde, alle auf Linie zu bringen, den Anschein erweckt, als haben sie Wegner gewählt, was rechnerisch nicht möglich sein kann. Angeblich soll es zwei Abgeordnete in der SPD-Fraktion gegeben haben, die sich zu ihrer Nein-Stimme bekannten, dann aber einsichtig waren. Spekulationen darüber, ob im dritten Wahlgang alle 86 Ja-Stimmen tatsächlich aus der Koalition kamen, oder doch Stimmen der AfD darunter waren, führen zu nichts. Es ist vielleicht Glück, dass Wegner nicht 87 Ja-Stimmen erhielt.



Der aus zahlreichen Phoenix-Diskussionsrunden bekannte Politologe **Frank Decker** hat am 28. April, also einen Tag nach Wegners Wahl, einen Gastbeitrag im Tagesspiegel veröffentlicht, in dem er fordert: „**Schluss mit der Geheimwahl von Regierungen!**“ Die Berliner Blamage, so Decker, zeige erneut, dass über die Wahl der Regierungschefs in den Parlamenten of-

fen abgestimmt werden sollte. Foto: promo

Decker erinnert an die vielen Vorgänge, wo den Regierungschefs Stimmen aus den eigenen Reihen fehlten. Auch **Klaus Wowereit** wurde bei seiner Wiederwahl 2006 nicht gleich im ersten Wahlgang gewählt, es fehlte eine Stimme. Legendär auch die Abstimmungen im Landtag von Schleswig-Holstein, wo **Heide Simonis** auch im vierten Wahlgang nicht die erforderliche Mehrheit bekam. Alle behaupteten, sie gewählt zu haben, aber eine Stimme fehlte, also hat einer gelogen. **Angela Merkel** fehlten bei ihrer ersten Wahl zur Bundeskanzlerin 2005 sogar 49 Stimmen aus den eigenen Reihen. „Auch **Reiner Hase-**

loff brauchte für seine Wahl zum Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt 2021 (wie zuvor schon 2016) trotz komfortabler Mehrheit einen zweiten Wahlgang – genauso wie **Georg Milbrath** in Sachsen 2004. **Christine Lieberknecht** wurde in Thüringen 2009 sogar erst im dritten Wahlgang gewählt.“, listet Decker die Wahlpannen auf.

Frank Decker findet es merkwürdig, dass in der Bundesrepublik kaum jemand Anstoß daran nimmt, dass die Wahlen der Regierungschefs mit „verdeckten Stimmzetteln“, also geheim stattfinden. „Die geheime Wahl lässt sich nämlich mit demokratischen Grundsätzen nur schwer vereinbaren. Indem sie es den Wählerinnen und Wähler unmöglich macht nachzuvollziehen, wie die Abgeordneten das von ihnen erteilte Mandat ausüben, enthebt sie diese von der Pflicht, sich gegenüber der Wählerschaft für ihr Tun und Lassen zu verantworten. Verantwortlichkeit ist aber das Grundprinzip der parlamentarisch-demokratischen Regierungsform.“ „Die geheime Stimmabgabe hat die rechtspopulistische AfD eingeladen, in Berlin dasselbe Spielchen zu spielen wie drei Jahre zuvor in Thüringen.“, so Decker in seinem Gastbeitrag im Tagesspiegel.

Die geheime Stimmabgabe, argumentiert Decker, die eigentlich eine Vertrauensabstimmung sein sollte, gerät somit „fast automatisch zu einer Misstrauensabstimmung.“ „Wohlfeil“ nennt es Decker, dass sich CDU und SPD über die AfD empören, „waren es doch ihre eigenen Abgeordneten, die der AfD dieses Spiel durch die fehlenden Stimmen im ersten und zweiten Wahlgang erst ermöglicht haben.“

Wenn es zur Wahl des Regierungschefs im Parlament kommt, sind alle Messen gesungen. Wochenlange Koalitionsverhandlungen gingen der Wahl voraus. Die Koalitionsverträge werden von den Parteigremien oder durch Mitgliederentscheide genehmigt. Wer nach diesem Vorlauf im Parlament immer noch meint, sein eigenes Süppchen kochen zu müssen, ist definitiv für ein politisches Amt nicht qualifiziert. Es steht jedem Abgeordneten frei, sein Mandat zurückzugeben, wenn er mit dem Koalitionsvertrag nicht einverstanden ist. Mit einer Nein-Stimme oder Enthaltung schädigt der Abgeordnete seine Partei, den Kandidaten, das Ansehen des Parlaments und das Land.

Decker fordert die Abschaffung der Geheimwahl, „die es in dieser Form fast nur in Deutschland gibt. In Berlin bräuchte man dazu noch nicht einmal die Verfassung zu ändern – eine Anpassung der Geschäftsordnung reichte aus.“



„Wenn Befürworter der Geheimwahl diese mit dem Schutz des freien Mandates begründen, übersehen sie, dass die Demokratie hierzulande nicht nur auf der freien Zustimmung der Abgeordneten beruht, sondern auch darauf, dass diese Abgeordneten als Vertreter einer Partei gewählt werden.“, schreibt Decker.

Der Autor dieses Beitrages wüsste gern, wie der von ihm gewählte Abgeordnete über Personen und Gesetze abstimmt. Das ist nicht seine Privatangelegenheit. Nach vier oder fünf Jahren kann man dann seine Bilanz ziehen und dem Abgeordneten erneut seine Stimme geben, oder auch nicht. Bei der Wahl von Regierungschefs sollte es ohnehin namentliche Abstimmungen geben, das heißt, man kann später im Protokoll nachlesen, wer wie abgestimmt hat.

Der Artikel 38 des Grundgesetzes erhöht den Abgeordneten auf eine Stufe, auf die er nicht gehört. Abgeordnete sind nach dem GG „Vertreter des ganzen Volkes“, richtig. Sie sind „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“ Das zumindest ist sehr problematisch. Wie soll Demokratie funktionieren, wenn sich eine Partei mehrheitlich auf ein Abstimmungsverhalten verständigt hat, die unterlegenen Abgeordneten aber dennoch dagegen stimmen? Und was heißt hier Gewissen? Was für ein Gewissen haben die Lügner im Parlament? Und welche Verantwortung hat der Abgeordnete gegenüber seinen Wählern?

Frank Decker hat vollkommen recht. Die geheime Wahl von Regierungschefs muss abgeschafft werden, allein schon deshalb, um es der AfD nicht zu ermöglichen, sich als Mehrheitsbeschaffer zu profilieren.

Zur Person

Professor **Frank Decker** lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn. Er ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Progressiven Zentrums in Berlin. Seine derzeitigen Forschungsschwerpunkte sind westliche Regierungssysteme, Parteien, Populismus, Föderalismus und die Demokratiereform. Decker ist langjähriges Mitglied der SPD und Mitglied der Grundwertekommission der Partei. Soeben ist sein neues Buch „*Die deutsche Demokratie*“ bei der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen und dort für 4,50 Euro zu beziehen. Quellen: Tagesspiegel Wikipedia
<https://www.bpb.de/shop/buecher/zeitbilder/514401/die-deutsche-demokratie/>

paperpress verlost vier Exemplare.

Ed Koch